

15.30 Uhr und 21.00 Uhr:

- Bericht von Herrn Spénale über die Einführung eines Konzertierungsverfahrens;
- Gemeinsame Aussprache über
 - den Bericht von Herrn Radoux über die Ergebnisse der Pariser Gipfelkonferenz und
 - die Einführung zum Achten Gesamtbericht sowie das Tätigkeitsprogramm der Kommission;
- mündliche Anfrage mit Aussprache über die politische Lage in Portugal.

Die Sitzung wird um 21.10 Uhr geschlossen.

H. R. NORD
Generalsekretär

Cornelis BERKHOUWER
Präsident

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM MITTWOCH, 19. FEBRUAR 1975

VORSITZ: CORNELIS BERKHOUWER
Präsident

Vorlage eines Entschließungsantrags und Eintragung in die Tagesordnung

Die Sitzung wird um 11.35 Uhr eröffnet

Der Präsident teilt mit, daß er von den Herren de la Malène, Yeats, Cousté, Cointat, Duval, Kaspereit, Laudrin, Liogier, Nolan und Terrenoire einen Entschließungsantrag mit Antrag auf Beratung im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel 14 der Geschäftsordnung zum Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (Dok. 505/74) erhalten hat.

Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

Das Parlament beschließt die Dringlichkeit dieses Dokuments.

Mitteilung zur Petition Nr. 9/74

Der Präsident erinnert daran, daß am 15. November 1974 die Petition Nr. 9/74 von Herrn Fabre und 31 weiteren Unterzeichnern an den Rechtsausschuß überwiesen wurde.

Auf Vorschlag des Erweiterten Präsidiums wird ferner beschlossen, daß der Entschließungsantrag in der heutigen Sitzung während der gemeinsamen Aussprache über den Bericht von Herrn Radoux und den Achten Gesamtbericht geprüft werden soll.

Er teilt mit, daß der Ausschuß diese Petition geprüft hat und zu der Schlußfolgerung gelangt ist, daß ihr Inhalt nicht den Tätigkeitsbereich der Europäischen Gemeinschaften betrifft.

Glückwünsche

Die genannte Petition wird daher gemäß Artikel 48 Ziffer 3 der Geschäftsordnung einfach abgelegt.

Der Präsident übermittelte den ehemaligen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, den Herren NØRGAARD und DALSAGER, zu ihrer Berufung zu Mitgliedern der dänischen Regierung im Namen des Parlaments die besten Glückwünsche.

Fragestunde

Das Parlament prüft nun eine Reihe an den Rat bzw. an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichteter Anfragen (Dok. 492/74).

Anfragen an den Rat der Europäischen Gemeinschaften:

Der Präsident teilt mit, daß die Anfragen Nr. 1 von Herrn Radoux und Nr. 2 von Sir Douglas Dodds-Parker nicht zulässig sind, da ihr Inhalt Tagesordnungspunkte der laufenden Tagung betrifft.

Sir Douglas Dodds-Parker und die Herren Radoux und Hill ergreifen das Wort.

Nr. 3 von Herrn Fellermaier: Zypern

Herr Fitzgerald, *amtierender Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Fellermaier, Johnston, Kirk, Patijn, Jahn und Corterier.

Nr. 4 von Herrn Patijn: Humanitäre Hilfe für kurdische Flüchtlinge

Herr Fitzgerald, *amtierender Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Patijn, Johnston, von Sir Douglas Dodds-Parker und den Herren Noë und Broeks.

Anfragen an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften:

Nr. 5 von Herrn Blumenfeld: Wachsender Verwaltungsaufwand bei den Zolldienststellen

Herr Gundelach, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Blumenfeld, Dykes, Jahn, Giraud, von Sir Douglas Dodds-Parker und den Herren Broeks und Schwörer.

Nr. 6 von Herrn Herbert: Zusammenarbeit in den Grenzgebieten

Herr Ortoli, *Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Herbert.

Nr. 7 von Herrn Cousté: Fertigstellung der Verbindung Rhein-Rhône-Mittelmeer

Herr Scarascia Mugnozza, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Cousté und Fellermaier.

Nr. 8 von Herrn Hougardy: Information betreffend den Erwerb der Kontrolle über den Konzern der Eisen-, Stahl- und Atomindustrie Marine-Firminy

Herr Borschette, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Hougardy und Normanton.

Nr. 9 von Herrn Härzschel: Vernichtung von Nahrungsmitteln in der Gemeinschaft

Herr Hillery, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Härzschel, Jahn, Scott-Hopkins und Liogier.

Nr. 10 von Herrn Noè: Beseitigung von verschmutzenden Abwässern

Herr Scarascia Mugnozza, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Noè.

Nr. 11 von Herrn Scott-Hopkins: Negative Handelsbilanz des Vereinigten Königreichs gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten

Herr Gundelach, *Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Scott-Hopkins, Dykes, von Sir Brandon Rhys Williams, Herrn Kirk und Lord O'Hagan.

Nr. 12 von Herrn Kirk: Kosten für Futtermittel in Nordirland

Herr Scarascia Mugnozza, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Kirk.

Nr. 13 von Herrn Brewis: Vorgeschlagene Ausdehnung der norwegischen Territorialgewässer

Sir Christopher Soames, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Brewis, Johnston und Normanton.

Nr. 14 von Herrn Johnston: Neuverhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der übrigen Gemeinschaft

Herr Ortoli, *Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie eine Zusatzfrage von Herrn Johnston.

Nr. 15 von Herrn Hansen: Zypern

Sir Christopher Soames, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Hansen und Felnermaier.

Nr. 16 von Herrn Laban: Kosten des Subventionssystems für Zuckereinfuhren

Herr Scarascia Mugnozza, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage sowie Zusatzfragen der Herren Laban, Scott-Hopkins, Albers und Broeks.

Der Präsident erklärt die Fragestunde für geschlossen.

Wirtschaftslage der Gemeinschaft

Herr Haferkamp, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, hält ein Exposé über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft.

VORSITZ: GIOVANNI BERSANI

Vizepräsident

Der Präsident teilt mit, daß das Exposé von Herrn Haferkamp an den Ausschuß für Wirtschaft und Währung überwiesen wird.

Die Sitzung wird um 13.15 Uhr unterbrochen und um 15.50 Uhr wieder aufgenommen.

VORSITZ: CORNELIS BERKHOUWER

Präsident

Verfahrensfragen

Zu einer Verfahrensfrage ergreifen das Wort Sir Brandon Rhys Williams, die Herren Lange, *Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*, und Burgbacher.

Auf Antrag des Vorsitzenden der Christlich-demokratischen Fraktion, Herrn Lückner, beschließt das Parlament, die von fünf Fraktionen an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über die politische Lage in Portugal (Dok. 490/74) im Rahmen der gemeinsamen Aussprache während der heutigen Nachmittags-sitzung zu prüfen.

Erklärung des Parlaments, des Rates und der Kommission zur Einführung eines Konzertierungsverfahrens

Der Präsident verliest ein Schreiben, mit dem ihm der Rat der Europäischen Gemeinschaften mitgeteilt hat, daß der Rat den Textvorschlag des Haushaltsausschusses für den dritten Erwägungsgrund des Entwurfs einer gemeinsamen Erklärung zur Einführung eines Konzertierungsverfahrens geprüft hat und daher bereit ist, den Wortlaut dieser Erwägung wie folgt zu ändern:

„Die Erweiterung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments muß von einer wirksamen Beteiligung dieses Organs an der Ausarbeitung und Annahme der Entscheidungen begleitet sein, die erhebliche Ausgaben zu Lasten bzw. Einnahmen zugunsten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaften nach sich ziehen“.

Im gleichen Schreiben teilt der Rat mit, daß er nicht den Vorschlag akzeptieren konnte, den Hinweis auf den Haushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften in diesem Text zu streichen, da den Verträgen zufolge alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaften in den Haushaltsplan einzusetzen sind.

Herr Georges Spénale legt seinen im Namen des Haushaltsausschusses ausgearbeiteten Bericht über das Schreiben des Rates der Europäischen Gemeinschaften (Dok. 431/74) betreffend den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Parlaments, des Rates und der Kommission zur Einführung eines Konzertierungsverfahrens (Dok. 483/74) vor.

Es sprechen die Herren Kirk im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, Notenboom im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion, Fabbrini im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden, Fitzgerald, *amtierender Präsident des Rates*, und Ortoli, *Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*.

Das Parlament prüft nun den Entschließungsantrag; es nimmt zunächst die Präambel und die Ziffern 1 bis 3 an.

Zu den Ziffern 4 und 5 hat Herr Spénale den Änderungsantrag Nr. 1 eingereicht, den er nun begründet.

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Die Ziffern 6 bis 15 werden angenommen.

Das Parlament nimmt die folgende Entschließung an:

ENTSCHLIESSUNG

zum Schreiben des Rates der Europäischen Gemeinschaften betreffend den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Parlaments, des Rates und der Kommission zur Einführung eines Konzertierungsverfahrens

Das Europäische Parlament,

- auf Grund seiner Entschließung vom 5. Oktober 1973⁽¹⁾,
- in Kenntnis des endgültigen Vorschlags der Kommission über die Verstärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments (KOM (73) 1000 endg.),
- in Kenntnis der gemeinsamen Leitlinien des Rates über die Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments (Dok. 135/74) und der Erwägungen, von denen der Rat bei der Ausarbeitung dieser Leitlinien ausgegangen ist (Dok. 213/74),
- in Kenntnis des Ergebnisses der Begegnungen seiner Delegation mit dem Rat vom 25. Juni und 14. Oktober 1974,
- in Kenntnis des Entwurfs einer gemeinsamen Erklärung über das Konzertierungsverfahren sowie des Schreibens des Rates vom 19. Dezember 1974 (Dok. 431/74),
- in Kenntnis des Schreibens seines Präsidenten an den Präsidenten des Rates vom 16. Januar 1975,
- in Kenntnis des Berichtes des Haushaltsausschusses (Dok. 483/74),

Zur Einführung des Konzertierungsverfahrens:

1. begrüßt die von den drei betroffenen Institutionen gezeigte Bereitschaft zum Gespräch und zur Zusammenarbeit, die eine deutliche Annäherung ihrer ursprünglichen Standpunkte ermöglicht hat;
2. stellt mit Genugtuung fest, daß der Rat der Inkraftsetzung eines Konzertierungsverfahrens vor Abschluß des laufenden Verfahrens zur Revision der Verträge zugestimmt hat;
3. weist darauf hin, daß bei der Stärkung der Haushaltsbefugnisse die bereits vor dem Inkrafttreten des Systems der eigenen Mittel als unerlässlich galt, seit dem 1. Januar 1975 eine bedauerliche Verzögerung eingetreten ist und daß die Formalitäten für die Verbesserung der Haushaltsverfahren beschleunigt werden sollten;

Zum Mechanismus des Verfahrens:

4. billigt das vom Rat vorgeschlagene Gesamtschema, das eine echte Mitwirkung des Europäischen Parlaments an dem Prozeß der Ausarbeitung und Annahme der wichtigen Beschlüsse der Gemeinschaft zu ermöglichen scheint, die für die Gemeinschaft Ausgaben oder Einnahmen zur Folge haben, wobei diese Ausgaben und Einnahmen in den Haushaltsplan eingesetzt werden müssen;
5. vertritt außerdem den Standpunkt, daß der praktische Wert dieses Verfahrens weitgehend davon abhängen wird, wie die Parteien den angenommenen Text vor allem im Lichte der beigefügten Begründung auslegen werden;

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 87 vom 17. 10. 1973, S. 6.

Zum Abschluß des Verfahrens:

6. ist der Ansicht, daß das Ausmaß des Einflusses, den es im Anschluß an das Verfahren auf die Entscheidung des Rates auszuüben vermag, genau durch die unterschiedlichen Mehrheitsvoraussetzungen wiedergegeben wird, die für den Rat gelten, je nachdem, ob er gemäß oder entgegen der Stellungnahme des Parlaments entscheidet;
7. stellt fest, daß der Rat bereits gemäß Artikel 149 des EWG-Vertrags sämtliche Vorschläge der Kommission nur einstimmig ändern kann;
8. ist deshalb der Auffassung, daß der Rat von einer im Anschluß an das Konzertierungsverfahren angenommenen Entschließung des Parlaments nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses abweichen kann, und bleibt diesbezüglich bei einem ausdrücklichen Vorbehalt zu dem vom Rat unterbreiteten Entwurf;

Zur vorläufigen Inkraftsetzung des Verfahrens:

9. stellt jedoch fest, daß es im Interesse der Gemeinschaften liegt, unverzüglich für eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem Rat und dem Parlament zu sorgen und folglich ein wirksames Verfahren für die Beteiligung des Parlaments an allen wichtigen Beschlüssen einzuführen, vor allem wenn diese beträchtliche finanzielle Auswirkungen mit sich bringen;
10. erkennt in diesem Zusammenhang an, daß bereits im Jahre 1974 sowohl bei der Annahme des Haushaltsplans für 1975 als auch in bezug auf die Stärkung der Haushaltsbefugnisse des Parlaments zwischen seiner Delegation und dem Rat eine wertvolle Konzertierung erfolgte;
11. hält es deshalb für zweckmäßig festzustellen, in welchem Geist die betroffenen Institutionen dieses theoretisch unzulängliche Verfahren künftig anzuwenden wissen, und den guten Willen zu würdigen, den sie dabei zeigen werden;
12. billigt deshalb die vorläufige und versuchsweise Inkraftsetzung des vom Rat vorgeschlagenen Konzertierungsverfahrens unter Berücksichtigung der in dieser Entschließung und vor allem in Ziffer 5 enthaltenen Bemerkungen;
13. weist jedoch darauf hin, daß diese vorläufige Inkraftsetzung nur sinnvoll sein kann, wenn der Rat gleichzeitig die folgenden Voraussetzungen schafft, die vom Parlament bereits wiederholt dargelegt wurden:
 - Anwendung von Artikel 149 des EWG-Vertrags, der insbesondere bedingt, daß der Rat, wenn die Kommission ihren ursprünglichen Vorschlag zwecks Berücksichtigung der Stellungnahme des Parlaments geändert hat, zu dem so geänderten Text — ausdrücklich und innerhalb der Fristen, die festgelegt werden — Stellung nehmen muß und Änderungen dieses Textes nur einstimmig beschließen kann;
 - Unterrichtung des Parlaments über die Mehrheit, mit der der Rat beschlossen hat;
 - einheitliche Auslegung von Artikel 2 des Entwurfs einer gemeinsamen Erklärung durch die drei Institutionen, um mögliche Streitigkeiten zu verhindern;
14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung und den Ausschlußbericht dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln.

Ergebnisse der Gipfelkonferenz vom Dezember 1974 in Paris — Achter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1974 und Tätigkeitsprogramm der Kommission für 1975 — Europäischer Regionalfonds — Mündliche Anfrage mit Aussprache: Politische Lage in Portugal

Nach der Tagesordnung folgt nun die gemeinsame Aussprache über die Ergebnisse der letzten Pariser Gipfelkonferenz, den Achten Gesamtbericht und das

Tätigkeitsprogramm der Kommission, den Entschließungsantrag zum Europäischen Regionalfonds und die mündliche Anfrage über die politische Lage in Portugal.

Herr Lucien Radoux legt seinen im Namen des Politischen Ausschusses ausgearbeiteten Bericht über die Ergebnisse der Konferenz der Regierungschefs der Mitgliedstaaten vom 9. und 10. Dezember 1974 in Paris (Dok. 436/74) vor.

VORSITZ: WALTER BEHRENDT

Vizepräsident

Herr Fitzgerald, *amtierender Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften*, ergreift das Wort.

Herr Alfred Bertrand erläutert die von den Herren Lücker im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion, Spénale im Namen der Sozialistischen Fraktion, Durieux im Namen der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden, Kirk im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, de la Malène im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über die politische Lage in Portugal (Dok. 490/74).

Sir Christopher Soames, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die Anfrage.

Herr Herbert begründet den von den Herren de la Malène, Yeats, Cousté, Cointat, Duval, Kaspereit, Laudrin, Liogier, Nolan und Terrenoire eingereichten Entschließungsantrag zum Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (Dok. 505/74).

In der nun folgenden allgemeinen Aussprache ergreifen das Wort Herr Giraud im Namen der Christlich-demokratischen Fraktion, die Herren Patijn, Delmotte und Della Briotta, alle drei im Namen der Sozialisti-

schen Fraktion, und Lord Gladwyn im Namen der Fraktion der Liberalen und Nahestehenden.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen.

VORSITZ: ANDRÉ BORDU

Vizepräsident

Im weiteren Verlauf der Aussprache ergreifen das Wort die Herren Kirk im Namen der Europäischen Konservativen Fraktion, Yeats im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt, Ansart im Namen der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden, Lücker, Frau Iotti, die Herren De Sanctis, Scelba, Petersen, Sir Brandon Rhys Williams, die Herren Blumenfeld, Brewis, Frau Goutmann, die Herren Normanton, Dykes, Frau Fenner, die Herren McDonald, Radoux, Berichterstatter, und Ortoli, *Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*.

Der Präsident erklärt die Aussprache für geschlossen. Er weist darauf hin, daß der im Bericht von Herrn Radoux enthaltene Entschließungsantrag zurückgezogen wurde und das Parlament deshalb nur noch über den Entschließungsantrag zum Europäischen Regionalfonds (Dok. 505/74) abzustimmen hat.

Herr Fellermaier gibt im Namen der Sozialistischen Fraktion eine kurze Erklärung ab.

Das Parlament nimmt die folgende Entschließung an:

ENTSCHLIESSUNG

zum Europäischen Fonds für Regionalentwicklung

Das Europäische Parlament,

- angesichts des auf der Pariser Gipfelkonferenz am 10. Dezember 1974 gefaßten Beschlusses über die Schaffung eines Regionalfonds, der mit Zahlungsmitteln in Höhe von 300 Millionen Rechnungseinheiten für das Haushaltsjahr 1975, rückwirkend vom 1. Januar 1975 an, ausgestattet ist,
 - in der Erwägung, daß ein Fonds mit 300 Millionen Rechnungseinheiten für das Haushaltsjahr 1975 ein Minimum für die Verwirklichung einer glaubwürdigen Regionalpolitik der Gemeinschaft darstellt,
 - tief beunruhigt über die Unfähigkeit des Rates der Europäischen Gemeinschaften, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen,
1. stellt fest, daß das Fehlen eines solchen Beschlusses ein schweres Versäumnis gegenüber dem auf der Pariser Konferenz der Regierungschefs am 10. Dezember 1974 gefaßten feierlichen Beschluß darstellt;
 2. fordert, daß gemäß den eingegangenen Verpflichtungen der Regionalfonds unverzüglich in Kraft gesetzt wird;
 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln.

Tagesordnung der nächsten Sitzung

Der Präsident weist darauf hin, daß für die nächste Sitzung, morgen, Donnerstag, 20. Februar 1975, die folgende Tagesordnung festgelegt wurde:

10.00 Uhr und 15.00 Uhr:

- Gemeinsame Aussprache über
 - die mündliche Anfrage der Sozialistischen Fraktion an den Rat über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten,
 - die mündliche Anfrage der Sozialistischen Fraktion an die Kommission über das gleiche Thema,
 - die mündliche Anfrage von Herrn Cousté an die Kommission über das gleiche Thema;

- Entschließungsantrag zum gegenwärtigen Stand der Energiepolitik;
- Bericht von Herrn Vandewiele über die Mitteilung der Kommission bezüglich des Energiesektors;
- Erklärung von Herrn Lardinois über die Ergebnisse der letzten Tagung des Rates der Agrarminister;
- Bericht von Herrn Liogier über die Aufteilung der Mittel des EAGFL;
- mündliche Anfrage mit Aussprache über eine Verordnung über Schaffleisch;
- Bericht von Herrn Cipolla über die gemeinsame Marktorganisation für Reis;
- Bericht von Herrn Sandri über die Elfte Jahrestagung der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation EWG—AASM.

Die Sitzung wird um 0.45 Uhr geschlossen.

H. R. NORD
Generalsekretär

Cornelis BERKHOUWER
Präsident

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM DONNERSTAG, 20. FEBRUAR 1975

VORSITZ: CORNELIS BERKHOUWER
Präsident

Die Sitzung wird um 10.15 Uhr eröffnet.

Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

Mündliche Anfragen mit Aussprache: Abstimmung der UNO über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten

Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über drei mündliche Anfragen.

Herr Glinne erläutert die von ihm selbst und den Herren Dondelinger, Cifarelli, Broeksz, Seefeld und Leenhardt im Namen der Sozialistischen Fraktion an den Rat der Europäischen Gemeinschaften gerichtete

mündliche Anfrage mit Aussprache über das Bedauern über das Fehlen einer gemeinschaftlichen Position bei der Abstimmung der Vereinten Nationen über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (Dok. 443/74) sowie die von den gleichen Verfassern im Namen der Sozialistischen Fraktion an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über das gleiche Thema (Dok. 444/74).

Die von Herrn Cousté im Namen der Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gerichtete mündliche Anfrage mit Aussprache über die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (Dok. 476/74) wird ebenfalls im Rahmen dieser Aussprache geprüft.

Herr Fitzgerald, *amtierender Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die an den Rat gerichtete Anfrage. Sir Christopher Soames, *Vizepräsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*, beantwortet die beiden an die Kommission gerichteten Anfragen.